



SOZIALE VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN VERHALTENSKODEX DER EUROPÄISCHEN ZUCKERINDUSTRIE



ÜBERSETZUNG
(ORIGINALDOKUMENT ENGLISCHE VERSION)

Neunter Umsetzungsbericht (Jahr 2011)
28.2.2012

I – POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

- A. Aktuelle Zuckermarktordnung nach der Reform von 2006 – Neue GAP-Vorschläge nach 2014/15
- B. Entwicklungen in der Außenhandelspolitik mit Auswirkungen auf die Marktordnung
- C. Grünes Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit
- D. Diskriminierende nationale Besteuerung von Lebensmitteln
- E. Hochrangiges Forum – Lebensmittelversorgungskette – Aktuelle Entwicklungen

II – MANAGEMENT DER UMSTRUKTURIERUNG UND WIRTSCHAFTSKRISE

- A. Entwicklung der Anzahl der Werke und der Arbeitsplätze
- B. Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen

III – UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX IM JAHR 2011

- A. Mindeststandards
- B. Beispiele für gute Verfahrenspraktiken
- C. Broschüre über den europäischen sozialen Dialog: aktualisierte Fassung
- D. Soziale Auswirkungen von Handelspolitiken: gemeinsame Arbeit
- E. ISO 26 000 und der UN-Referenzrahmen: Bewertung des Verhaltenskodex
- F. Arbeitsprogramm für 2012

IV – ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

EINLEITUNG

Der Verhaltenskodex für die soziale Verantwortung der Unternehmen in der Zuckerindustrie, der am 7. Februar 2003 unterzeichnet wurde, sieht vor, dass die EFFAT und das CEFS im Rahmen ihres Ausschusses für den sektoralen Dialog die Überwachung der schrittweisen Umsetzung des Verhaltenskodex sowie die regelmäßige Aktualisierung der Beispiele für gute Verfahrenspraktiken sicherstellen. Zu diesem Zweck haben sich die EFFAT und das CEFS verpflichtet, jedes Jahr im Februar eine gemeinsame Bewertung der Umsetzung des Verhaltenskodex auf der europäischen Ebene vorzunehmen. Dies geschieht in Form eines jährlichen Berichts, der jeweils das vorausgehende Kalenderjahr abdeckt.

Der erste Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex wurde bei der Vollversammlung am 27. Februar 2004 vorgelegt. Danach wurde 2005, 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010 jeweils am letzten Werktag des Monats Februar ein Umsetzungsbericht präsentiert. Der vorliegende Bericht ist somit der neunte Umsetzungsbericht und bezieht sich auf das Jahr 2011. Er wird bei der Vollversammlung des sektoralen Ausschusses für den Zuckersektor am 28. Februar 2012 vorgelegt. Alle Berichte können auf der gemeinsamen Website www.eurosugar.org eingesehen werden.

I – POLITISCHER UND WIRTSCHAFTLICHER KONTEXT

I.A – AKTUELLE ZUCKERMARKTORDNUNG UND NEUE VORSCHLÄGE FÜR DIE GAP NACH 2013

Die aktuelle Zuckermarktordnung wurde im Zuge der Zuckermarktreform im Jahr 2006 festgelegt, die vorrangig das Ergebnis externen Drucks (Alles-außer-Waffen-Vereinbarung und negativer Ausgang des Zucker-Panels bei der WTO) war und mit einer 4-jährigen Übergangsperiode gekoppelt war, die 2010 auslief. Der Referenzpreis für Zucker wurde dabei um 36 % gesenkt, die Quotenproduktion mit der Aufgabe von beinahe 6 Millionen Tonnen um ein Drittel verringert, die Ausfuhren - die sich vorher auf 6 bis 8 Millionen Tonnen beliefen - wurden auf die WTO-Obergrenze von 1,37 Millionen Tonnen begrenzt, die Einfuhren aus Drittländern stiegen beträchtlich. **Die EU wurde vom Netto-Exporteur zum Netto-Importeur, der in Bezug auf 15 % des Binnenbedarfs von Lieferungen aus Drittländern abhängt.** Die Zuckermarktordnung wurde in die „einheitliche GMO“ integriert.

Nun entwickelt sich eine neue Herausforderung: die Europäische Kommission legte am 12. Oktober 2011 Rechtsvorschläge für eine neue Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013¹ vor. Für den Zuckersektor **schlug die Kommission die vollständige Liberalisierung der aktuellen Regelung mit einem Ende des Quotensystems zum 30.9.2015 vor.**

Die Partner des Zuckersektors unterstützen die „Stellungnahme des CEFS zur EU-Zuckermarktordnung nach 2014/15“ vom Oktober 2011², in der die Reaktion der Industrie

¹ Siehe Website der GD AGRI: http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm

² Siehe Anhang 1: Stellungnahme des CEFS zur EU-Zuckermarktordnung nach 2014/15

auf die Reform des Jahres 2006 und wichtige aktuelle Entwicklungen seit 2006 hervorgehoben wurden, an die Haltung des Zuckersektors zur aktuellen Regelung erinnert und Empfehlungen für die zukünftige Zuckermarktordnung vorgelegt wurden:

Auszug aus der Stellungnahme des CEFS zur EU-Zuckermarktordnung nach 2014/15

„Reaktion der Industrie auf die Reform des Jahres 2006

1. **2006 wurde eine radikale Reform der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für den Zucker durchgeführt.**³ Das Gesamtziel bestand darin, durch die Beseitigung ineffizienter Produktion ein dauerhaftes Marktgleichgewicht zu erreichen, Einfuhrmöglichkeiten für Entwicklungsländer zu bieten, die Effizienz zu erhöhen und eine stärkere Marktorientierung zu entwickeln.
2. **Die europäische Zuckerindustrie reagierte positiv auf diese Herausforderung mit Rationalisierungsmaßnahmen und Effizienzsteigerungen. Ein ehrgeiziges Umstrukturierungsprogramm wurde eingesetzt, das die europäische Quotenproduktion um 5,8 Millionen Tonnen verringerte und zur Schließung von 60 % der europäischen Fabriken führte.**⁴ In einem Zeitraum von 3 Jahren wurde die EU vom zweitgrößten Exporteur zu einem der größten Importeure weltweit.
3. Die radikalen Reformen beinhalteten einen **4-jährigen Übergangszeitraum, der 2010 auslief.** Er war notwendig, um die Industrie, die Importeure und den Markt in Europa in die Lage zu versetzen, sich an die neue Situation anzupassen.
4. Im Kontext der aktuellen GMO war der Sektor in der Lage, **seine Wettbewerbsfähigkeit zu verstärken.**

Aktuelle Entwicklungen

5. Seit 2006 haben weltweite Entwicklungen die Versorgungs- und Nachfragedynamik auf dem Zuckermarkt grundlegend verändert. **Die Weltmarktzuckerpreise und die Produktionskosten außerhalb der EU sind gestiegen.** Als Folge davon **wurde die Einfuhr in die EU wesentlich unzuverlässiger, und zeitweise wirtschaftlich nicht interessant.** Trotzdem erfüllte die EU-Zuckerindustrie während dieser Entwicklung das Hauptziel der GMO-Reform, nämlich die Lieferung einer sicheren Zuckerversorgung zu verringerten Preisen an die europäischen Kunden. Die Importe erwiesen sich als weniger zuverlässig.
6. Mit wachsendem Nachdruck auf **Lebensmittelsicherheit** und einem Bestreben, eine Ausweitung der Volatilität der Weltmarktzuckerpreise auf den EU-Markt zu vermeiden, wird jetzt der **heimischen Produktion, insbesondere wenn Einfuhrdefizite entstehen,** erhöhte Aufmerksamkeit beigemessen. 2011 mussten besondere Maßnahmen angewendet werden, die es europäischen Herstellern erlaubten, Nicht-Quoten-Zucker für den EU-Lebensmittelmarkt freizugeben⁵, wie im Bericht 6/2010 über die Zuckermarktreform vom Europäischen Rechnungshof empfohlen, um dem Bedarf des europäischen Marktes zu entsprechen.
7. Die Doha-Entwicklungsrunde scheint ins Stocken geraten zu sein, was beinhaltet, dass **mehr regionale und bilaterale Handelsvereinbarungen abgeschlossen werden werden. [...]**

³ Zur Erinnerung: Der Zuckerreferenzpreis wurde um 36 % verringert, die Quotenproduktion wurde um ein Drittel verringert, die Exporte von 6-8 Millionen Tonnen wurden auf den oberen Grenzwert der WTO von 1,37 Millionen Tonnen verringert, die Einfuhren erhöhten sich beträchtlich, die EU wurde vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur.

⁴ Der Prozentsatz der Werksschließungen ist auf einen Zeitraum von 10 Jahren berechnet.

⁵ Die Freigabe von 500.000 t Nichtquotenzucker wurde von der Kommission genehmigt, auch wenn die EU-Hersteller mehr anbieten könnten.

Der aktuelle Standpunkt des CEFS zur Zuckermarktordnung, die das Ergebnis der Reform 2006 ist

[...]

- **Einfuhrpolitik** - Die EU sollte eine verantwortungsvolle Handels- und Einfuhrpolitik verfolgen, die mit dem Ergebnis der Reform 2006 kohärent ist und die bedeutenden Investitionen anerkennt, die die europäische Industrie unternommen hat, um die Effizienz zu verbessern und zu rationalisieren. Sie sollte auch die bestehenden Handelspräferenzen, die die EU insbesondere den zu den Entwicklungsländern gehörenden AKP-Ländern und den LDC gewährt hat, die die EU beliefern. Im Hinblick auf andere Einfuhren sollte die EU eine verantwortungsvolle Einfuhrpolitik für Zucker verfolgen mit einer nachhaltigen, festgelegten Höhe für Einfuhrzollkontingente und einem angemessenen Schutz gegen extreme Schwankungen.
- **EU-Versorgungsmanagement** - Für Zucker und Isoglukose ist in der neuen GMO ein effizientes Versorgungsmanagement erforderlich, das auch ein angemessenes „Sicherheitsnetz“ enthalten muss, um die EU vor den zunehmenden Schwankungen der Weltmarktbedingungen zu schützen und die EU in die Lage zu versetzen, ihre Ziele für Lebensmittelsicherheit und Nachhaltigkeit zu erreichen. Die Relevanz dieser Empfehlung wurde angesichts der jüngsten Marktentwicklungen deutlich.⁶
- **Exportfreiheit** - Die EU sollte die gleiche Exportfreiheit wie jede andere Handelsregion der Welt haben. Die G-20 und andere internationale Organismen forderten die Aufhebung von Exportsubventionen. Falls die EU unilateral als Beitrag beschließen sollte, diesen Weg einzuschlagen, wäre das entscheidend für die Zuckerausfuhren.
- **Zuckerrübenversorgung** - Die Beziehungen zu den Anbauern ist für den Sektor von entscheidender Bedeutung. Es ist wichtig, einen gesetzlichen Rahmen zu erhalten, um die Grundsätze der Vertragspartnerschaften mit den Anbauern zu definieren. Innerhalb dieses Rahmens sollten die Anbauer und Verarbeiter über die Flexibilität verfügen, detaillierte Bedingungen zu vereinbaren, die am besten an ihre lokalen Bedingungen angepasst sind.
- **Beitrag zum GAP-Haushalt** - Die GMO Zucker ist jetzt haushaltsneutral. Folglich besteht keinerlei Rechtfertigung für eine Beibehaltung der Produktionsabgabe, die in keinem anderen GAP-Sektor angewendet wird. Die Produktionsabgabe sollte in der Überarbeitung der Finanziellen Vorausschau der EU für 2013-20 gestrichen werden.⁷

Der Standpunkt der Sozialpartner zum Vorschlag für die neue Zuckermarktordnung nach 2014/2015

Die vollständige Liberalisierung des Zuckersektors einschließlich einer Aufhebung der Quote bereits im Jahr 2015 hätte natürlich **beträchtliche soziale Auswirkungen**. Und dies obwohl die 2010 beendete Reform von 2006 bereits innerhalb von nur 4 Jahren den Verlust von 22.000 direkten Arbeitsplätzen, 110.000 indirekten Arbeitsplätzen sowie die Schließung von 80 Fabriken zur Folge hatte.

Wie bereits erwähnt, unterstützen die Sozialpartner den Standpunkt des CEFS und fordern, dass der durch die Reform von 2006 eingeleitete Prozess des Wandels fortgesetzt werden kann, „*allerdings in einem Rhythmus, auf den die europäische Industrie und andere Interessengruppen reagieren können – beginnend mit dem aktuellen System*“⁸. Sie stimmen einem „*Prozess der kontinuierlichen Verbesserung nach 2015 zu, um zu den langfristigen Zielsetzungen der EU für eine gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit*“⁹ beizutragen. Allerdings sind sie gegen eine vollständige Liberalisierung ab 2015 und treten für eine Verlängerung der derzeitigen gemeinsamen Marktorganisation für Zucker bis 2020 ein. Sie stimmen den Empfehlungen der Industrie bezüglich der nächsten Zuckerregelung insbesondere im Hinblick auf die beiden folgenden Themen¹⁰ zu:

⁶ Angesichts der außergewöhnlichen Höhe der Weltmarktpreise gab es weniger Importe aus den LDC/AKP als erwartet. Siehe unten, Abschnitt I.B.a.

⁷ Auszug aus dem Standpunkt des CEFS zur EU-Zuckermarktordnung nach 2014/15 – Oktober 2011 (siehe Anhang 1)

⁸ Siehe Anhang 1 des Standpunkts des CEFS

⁹ Siehe Anhang 1 des Standpunkts des CEFS

¹⁰ Siehe Anhang 1 des Standpunkts des CEFS

EU-Versorgungsmanagement/Defizit-Markt: Von einem Nettoexporteur vor der Reform von 2006 wurde die EU zu einem Nettoimporteur, der in Bezug auf 15 % seines internen Bedarfs auf Drittländer angewiesen ist. Die nächste GMO Zucker muss Instrumente zur Bekämpfung der extremen Schwankungen der Zuckerpreise auf dem Weltmarkt beinhalten, die Instabilität für die gesamte Lebensmittelversorgungskette mit einem Risiko für einen Mangel auf dem EU-Markt zur Folge haben.¹¹

Sicherheitsnetz für zusätzliche Versorgung: Einige Regelungen, die in den vergangenen zwei Jahren eingesetzt wurden, um den EU-Markt auf einer außergewöhnlichen Basis auszugleichen, sollten in die einheitliche GMO fest integriert werden. Das gilt insbesondere für die Freigabe von Nichtquotenzucker mit einem Auslösemechanismus bei einer nicht ausreichenden Versorgung des EU-Marktes. **Im Falle eines Mangels sollte zuerst auf die EU-Zuckerproduktion zurückgegriffen werden.** Bis zu 90 % des europäischen Zuckerverbrauchbedarfs sollten aus der heimischen Produktion abgedeckt werden.

Die Sozialpartner heben hervor, dass – laut der kürzlich erstellten, für das CEFS durchgeführten Studie von LMC International „Support measures in the sugar sector around the world“ (Stützungsmaßnahmen im Zuckersektor weltweit) – „alle großen zuckerproduzierenden Länder Unterstützungsmechanismen für ihre heimische Industrie einsetzen, um sie vor den Schwankungen der Weltzuckermärkte zu schützen und in vielen Fällen, um die Selbstversorgungsanteile erhöhen und so die Versorgungssicherheit für den heimischen Markt zu verbessern“.

Die Sozialpartner verstehen nicht, warum die EU zu einer Zeit, in der alle anderen wichtigen zuckerherstellenden Länder Maßnahmen ergreifen, um eine sichere und vorhersehbare Marktversorgung zu garantieren, eine vollständige Deregulierung des EU-Zuckermarktes vorsehen sollte. **Sie fordern Kohärenz mit dem, was andere Länder überall in der Welt tun.**

Zur Vermeidung potenzieller Mangelsituationen verweisen sie außerdem nachdrücklich auf die Tatsache, dass die Freigabe von Nichtquotenzucker Priorität gegenüber zusätzlichen Einfuhren aus Drittländern haben muss. Eine Mangelsituation entstand 2010/11 durch die Tatsache, dass die Einfuhren aus LDC/AKP-Ländern geringer waren als erwartet. Für 2011/12 wird aufgrund von außergewöhnlich günstigen Wetterverhältnissen und der Tatsache, dass die Kampagne früher begann, mit einer wesentlich höheren Produktion gerechnet. Nichtquotenzucker wird für die Verwendung auf dem EU-Markt zur Verfügung stehen und sollte prioritär verwendet werden.

Im Hinblick auf die Exportkapazität waren die Sozialpartner ebenfalls erfreut darüber, dass das Ersuchen für eine Erhöhung des Nichtquotenexportvolumens bis zur WTO-Obergrenze (1,37 Millionen Tonnen) von der Kommission für die aktuelle Kampagne akzeptiert wurde.¹²

Aktueller Stand auf institutioneller Ebene und erwartete Rolle der Sozialpartner

Nach den neuen Rechtsvorschlägen der Kommission für eine Reform der aktuellen GAP für die Zeit nach 2013 und die aktuelle Zuckermarktordnung ab 2015 wurden bereits die Gespräche mit den Mitgliedstaaten auf Ratsebene und mit dem Europäischen Parlament aufgenommen. Das CEFS reagierte nach Vorlage des Vorschlags durch die Kommission¹³. Als der Vorschlag dem Ministerrat vorgelegt wurde, drückten acht zuckerproduzierende Länder ihre Bedenken hinsichtlich der künftigen Zuckermarktordnung aus.¹⁴ Nur sieben Mitgliedstaaten sprachen sich nicht dagegen aus, fünf davon sind nichtzuckerproduzierende Länder.¹⁵ Verschiedene Abgeordnete unterstrichen ebenfalls die möglichen Auswirkungen auf die Beschäftigung, besonders in ländlichen Gebieten, und traten für eine

¹¹ Angesichts der extremen Wechselhaftigkeit der Weltmarktpreise, siehe CSR-Bericht 2010 (Abschnitt I.A c) sowie den aktuellen CSR-Bericht, Abschnitt I.B.a.

¹² Siehe Anhang 2: Schreiben an Herrn Dacian Ciolos vom 26.9.2011

¹³ Siehe die Pressemitteilung des CEFS:

<http://www.comitesucre.org/dm/e2e5e013199f5a887876e8d6bd3115f6/d7660.pdf>

¹⁴ Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Litauen, Rumänien, Slowakei

¹⁵ Irland, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien

Fortsetzung des aktuellen Systems nach 2015 ein. **Die Billigung der verschiedenen Verordnungen und Durchführungsregelungen wird gegen Ende 2013 erwartet, für eine Umsetzung der GAP-Reform zum 1.1. 2014.**

Am 15. November 2011 veröffentlichte die **Internationale Vereinigung europäischer Rübenanbauer** (CIBE) eine Pressemitteilung, in der die Rübenanbauer Bedenken hinsichtlich des „radikalen Gesetzesvorschlags für die zukünftige GMO Zucker“ zum Ausdruck brachten und die Verlängerung der derzeitigen Marktordnung bis 2020 forderten.¹⁶

Die AKP-Länder und die LDC äußerten ebenfalls „ihre tiefe Besorgnis und Bestürzung angesichts der Vorschläge der Kommission im Hinblick auf die Aufhebung von Zuckerquoten im Zusammenhang mit der GAP –Reform“ und hoben hervor, dass „die Aufhebung der Zuckerquoten ab 2015 die Realität des EU-Marktes, die wirtschaftlichen Entwicklungszielsetzungen der EU-Verpflichtungen gegenüber ihren Ländern sowie die Zielsetzung der GAP für Lebensmittelsicherheit außer Acht lässt. Diese Vorschläge gefährden in der Tat ernsthaft das Marktgleichgewicht der EU und die Zukunft der Zuckerindustrie in den AKP/LCD“.¹⁷

Die Sozialpartner der Zuckerindustrie werden alle als hilfreich erachteten, konzertierten Maßnahmen mit dem Berufsstand unternehmen, um einen Prozess der ständigen Verbesserung nach 2015 fördern, um so zur langfristigen Zielsetzung der EU einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit beizutragen und zu erreichen, dass die geplante Liberalisierung bis 2020 schrittweise realisiert wird.

I.B - ENTWICKLUNGEN IN DER AUSSENHANDELSPOLITIK MIT AUSWIRKUNGEN AUF DIE MARKTORDNUNG

2011 wurde deutlich, dass die multilateralen WTO-Verhandlungen ins Stocken geraten waren, und dass kurzfristig keine globale Vereinbarung zu erwarten war. Dies hat dazu geführt, dass die Anzahl der von der EU ausgehandelten bilateralen und regionalen Vereinbarungen ständig wächst. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen könnten negative Auswirkungen auf die Beschäftigung im Zuckersektor in der EU haben.

a) Regionale Vereinbarungen Liberalisierung der Einfuhren aus den AKP-Staaten und den LDC

Seit dem 1. Oktober 2009 sind die Gemeinschaftseinfuhren von Zucker aus den AKP-Ländern¹⁸ und den LDC¹⁹ in Übereinstimmung mit der „Alles außer Waffen“-Regelung²⁰ und der Aufkündigung des Zuckerprotokolls, das Teil der alten Cotonou-Vereinbarungen war, vollständig liberalisiert. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) regeln nunmehr die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern, die in sechs Regionen aufgeteilt sind. Die Verordnung des Rates EG/1528/2007 vom 20.12.2007 (ABl. L 348/1 vom 31.12.2007) enthält die allgemeinen für den Zucker und die zuckerhaltigen Erzeugnisse getroffenen Regelungen.

¹⁶ Siehe Anhang 3, Pressemitteilung CIBE vom 15.11.2011

¹⁷ Siehe Anhang 4: Pressemitteilung der AKP/LCD vom 18.10.2011

¹⁸ AKP-Länder: Afrika, Karibik und pazifischer Raum

¹⁹ LDC: Least developed countries – die am wenigsten entwickelten Länder

²⁰ APS-Verordnung Nr. 732/2008 vom 22.7.2008, ABl. L 211/1 vom 6.8.2008 – Abschnitt III – Artikel 11

2011 waren die Einfuhrmengen aus den AKP-Ländern/LDC geringer als erwartet. Neben einigen logistischen Problemen war einer der Hauptgründe die Tatsache, dass der auf dem Weltmarkt gebotene Preis wesentlich attraktiver war als der EU-Preis (so belief sich zum Beispiel im Februar 2011 der durchschnittliche EU-Preis für Weißzucker auf 505 €/t während er auf dem Weltmarkt 592 €/t betrug). Mit einer solchen Situation hatte man bei der Überarbeitung der aktuellen GMO Zucker nicht gerechnet, da der EU-Interventionspreis vor der Reform im Durchschnitt deutlich höher lag als der Weltmarktpreis. Allerdings liegen umfassende Informationen dazu vor, dass derzeit in den AKP-Ländern und den LDC (insbesondere im Sudan, in Äthiopien, Simbabwe, aber auch Laos/Kambodscha) umfassende Investitionen getätigt werden und die Exporte dieser Länder in die EU kurz- und mittelfristig mit großer Wahrscheinlichkeit steigen werden.

Es ist nach wie vor von wesentlicher Bedeutung für den Zuckersektor, dass eine angemessene Verwaltung und Überwachung der Einfuhren aufrechterhalten wird und dies falls erforderlich mit der Anwendung aller vorgesehenen Schutzklauseln, um kontinuierlich einen ausgewogenen und reaktiven Markt sicherzustellen.

Mercosur

Nach einer Unterbrechung wurden die EU-Mercosur-Freihandelsverhandlungen im Mai 2010 wieder aufgenommen. Auch wenn die Verhandlungen derzeit noch nicht sehr weit fortgeschritten sind, haben die Partner des Zuckersektors schwerwiegende Bedenken im Hinblick auf diese Vereinbarung mit einer Region, zu der Brasilien gehört, der führende Zuckerhersteller weltweit und der Zuckerexporteur, der beinahe 60 % der Weltexporte repräsentiert. Die Partner des Zuckersektors haben gefordert, dass **Zucker und Zuckerprodukte, wie dies in früheren Verhandlungen der Fall war, vollständig von jeglichen Zugeständnissen ausgeschlossen bleiben müssten und keine Zollkontingente gewährt werden dürften.** Außerdem hat Brasilien bereits einen potenziellen präferenzbegünstigten Marktzugang von beinahe 700.000 t und kann schon jetzt 20 % aller präferenziellen Einfuhren von unverarbeitetem Zucker in die EU exportieren (2011 waren sie höher). Brasilien kann zudem einfach dadurch, dass es seine Zuckerproduktion erhöht oder verringert und in der Folge davon sein Exportvolumen verändert, einen bedeutenden Einfluss auf die Weltmarktpreise ausüben.²¹ Weitere Zugeständnisse hätten für die EU-Verbraucher eine größere Unbeständigkeit zur Folge und würden die Lebensmittelsicherheit und die Nachhaltigkeit des Sektors gefährden. Die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission (Joint Research Center) hat eine Folgenabschätzungsuntersuchung für die potenziellen Auswirkungen dieser Vereinbarung für die Landwirtschaft in der EU vorbereitet. Im ungünstigsten Fall – mit einer EU-Mercosur-Vereinbarung und einem DDA-Abschluss – würde die Zuckerproduktion in der EU mit einer Verringerung um mehr als 12 % in beträchtlichem Maße getroffen, dies entspräche einem Verlust für den Sektor im Wert von 5,71 Mrd. EUR.

Mittelamerika , Kolumbien, Peru

Die Verhandlungen mit Mittelamerika und Kolumbien/Peru, die von der Kommission abgeschlossen wurden, beinhalten Zugeständnisse für den Zucker. Eine zollfreie Quote

²¹ 2009 kamen 50 % der weltweiten Ausfuhren aus Brasilien und exportierte Brasilien 75 % seiner Produktion (ISO-Statistik 2010).

wurde für 276.000 t (Zucker und Zuckererzeugnisse) gewährt, die an eine fortlaufende jährliche prozentuale Erhöhung gekoppelt ist. **Eine solche Regelung wird für den EU-Markt als nachhaltig destabilisierend angesehen.** Dieses Zugeständnis beläuft sich auf beinahe 2 % des EU-Verbrauchs und über 2 % der verbleibenden EU-Quotenproduktion. Die Kommission beabsichtigt, diese Vereinbarungen 2012 nach der endgültigen Zustimmung durch den Rat und das Europäische Parlament umzusetzen. Sobald die Zugeständnisse in Kraft treten, werden sie direkt das aktuelle Versorgungsmuster des EU-Zuckermarktes verändern und seine Versorgung beträchtlich erhöhen. Deshalb fordern die Sozialpartner, dass in Übereinstimmung mit der aktuellen Zuckerreform und mit den multilateralen Verhandlungen alle eventuellen **zusätzlichen Zugeständnisse so spät wie möglich und auf jeden Fall nach der Einsetzung der zukünftigen Zuckerregelung in Kraft treten.**

b) Freihandelsvereinbarungen: die wichtigsten laufenden Verhandlungen

Die EU verhandelt Freihandelsvereinbarungen mit allen Teilen der Welt, die die Gefahr beinhalten, dass weitere Zugeständnissen für den Zucker gemacht werden, das Gleichgewicht des EU-Zuckermarktes gestört und eine Schrumpfung der EU-Produktion mit Auswirkungen auf die Beschäftigung in Europa verursacht werden. Die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine haben die allerletzte Phase erreicht und vor kurzem wurde eine Einigung in Bezug auf die Landwirtschaft erzielt. Die EU stimmte zusätzlichen Import-Zollkontingenten auf den EU-Zuckermarkt von 30.000 Tonnen zu. Die EU wird generell den gleichen Zugang zum ukrainischen Markt haben. In den Diskussionen mit Kanada bestehen weitere Risiken in Bezug auf Importe aus diesem Land. Außerdem fordert Kanada eine Abschwächung der Ursprungsregeln. Mit Indien sind die Diskussionen relativ weit fortgeschritten; die indischen Verhandlungspartner würden gerne höhere Zuckereinfuhren in die EU erreichen. Das gleiche geschieht mit Südafrika, das übermäßig von den zeitweilig rückläufigen Exporten der AKP/LCD in die EU profitieren möchte.

c) Präferenzielle Ursprungsregeln

Ursprungsregeln sind im Kontext der laufenden Freihandelsvereinbarungen und der regionalen Verhandlungen sehr wichtig. Die bis 2011 in den Handelsvereinbarungen angewendeten Regeln waren recht sicher. Eine neue Situation entstand mit den laufenden Verhandlungen mit **Kanada**, das mehr Flexibilität fordert. Kanada bezieht sich insbesondere auf die APS-Verordnung für Ursprungsregeln, die am 1.1.2011²² in Kraft getreten ist, die speziell für Entwicklungsländer und nicht für die Anwendung mit Industrieländern konzipiert wurde. Sie wollen zum Beispiel für eine Reihe von Zuckerprodukten²³ eine Erhöhung des genehmigten Anteils von Zucker ohne Ursprungseigenschaft im Endprodukt. Das APS erlaubte bereits bis zu 40 % Zucker ohne Ursprungseigenschaft, d. h. beinahe die Hälfte des Produkts. Sie möchten die gleiche Höhe und für einige Produkte eine unbegrenzte Höhe. Auch wenn eine solche Forderung aufgrund von politischen Überlegungen und weil Kanada ein kleiner Zuckerproduzent ist, ausnahmsweise akzeptiert wird, besteht die Gefahr, dass ein solches Ergebnis einen Präzedenzfall für andere Verhandlungen schaffen könnte.

²² Verordnung EU/1063/2010 – Abl. L 307/1 vom 23.11.2010

²³ Zum Beispiel: Schokolade und andere kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen (Position 1806) – Zuckerwaren (Position 1704) - Backwaren und ähnl. Waren (1905).

Die **Zuckerverwender** fordern unter dem Vorwand, dass 2011 ein Mangel auf dem EU-Markt bestand, ebenfalls eine Abschwächung der Ursprungsregeln in allen laufenden und bevorstehenden Verhandlungen für einige Zuckerprodukte²⁴. Die angesprochenen Zollpositionen könnten sehr sensibel sein und einen potenziell hohen Zuckeranteil betreffen. Die Forderung ist natürlich politischer Natur, da die für diese Zuckerprodukte zugelassenen Höhen bereits beinahe die Hälfte des Produkts ausmachen. Die Mangelproblematik muss durch regulierende Maßnahmen im Rahmen der GMO Zucker gelöst werden. Dies ist Teil der Argumente der Nutzer, um zu versuchen zu erreichen, dass die Zuckerquoten 2015 abgeschafft werden.

Und schließlich läuft eine Überarbeitung der **Pan-Euro-Med-Ursprungsregeln**, die eine Ausweitung des aktuellen Kumulierungssystems in Euromed-Ländern auf die Balkanländer beinhaltet. Da Zollkontingente auf eine Reihe von Balkanländern wie Serbien und Kroatien angewendet werden, besteht die Gefahr einer Umgehung durch die Euromed-Länder. Die Kommission hat zu Recht vorgeschlagen, die gleichen Maßnahmen zu ergreifen wie im Rahmen der die APS-Länder betreffenden Verordnung²⁵. Dabei wird zum Beispiel die Mischung von Zucker mit jeglichen Vormaterialien nie als ausreichende Maßnahme für eine Verleihung der Ursprungseigenschaft angesehen (minimale Be- und Verarbeitung). Das gleiche gilt für die Raffination (Veränderung der vierstelligen Position). Der genehmigte Anteil von Zucker ohne Ursprungseigenschaft ist auf 20 % des Gewichts begrenzt. Diese Maßnahmen sind nützlich, um die Gefahr einzugrenzen, befassen sich aber nicht direkt mit einer mögliche Umgehung durch Kumulierung. Der Zuckersektor wird deshalb die Entwicklungen dieser Verhandlungen sehr aufmerksam verfolgen müssen.

I.C - GRÜNES WACHSTUM UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT BIOÖKONOMIE

Die Lebensmittelproduktion und die Landwirtschaft werden immer stärker Teil der umfassenden und ehrgeizigen Zielsetzung, der so genannten Bioökonomie. Innovation und die Eröffnung neuer Absatzmärkte für bestehende Verarbeitungsketten stehen im Zentrum des Wettbewerbsfähigkeitsschubs, den die Bioökonomie der europäischen Lebensmittelversorgungskette bringen kann.

Die Mitglieder der europäischen Primary Food Processors Association (PFP), zu deren führenden Mitgliedern und Akteuren das CEFS gehört, sind die größten Verwender von inländischem Getreide, Stärkekartoffeln, Zuckerrüben und Ölsaaten in der EU. Da sie eine Wertsteigerung von Massengut durchführen, behandeln sie große Mengen landwirtschaftlicher Rohstoffe, die vorwiegend aus der EU stammen sowie Einfuhren aus Drittländern beinhalten. Sie stellen die Verbindung zwischen der landwirtschaftlichen Erzeugung und den Endprodukten (Zweitverarbeiter im Food- und Non-Food-Bereich) her. Neben Lebens- und Futtermitteln produzieren mehrere PFP-Mitglieder zunehmend biobasierte Produkte und Inhaltsstoffe für Arzneimittel, Reinigungsmittel, Kunststoffe, Schmiermittel, Brennstoffe, Farben, Kosmetika, Textilien und andere industrielle Erzeugnisse. Aus diesem Grund sind sie der Ansicht, dass Ihr Beitrag zum Erreichen einer Bioökonomie von großer Bedeutung ist.

²⁴ 1704 – 1806 - 1905

²⁵ Siehe Anhang 5 – Stellungnahme des CEFS vom 18.5.2011 zur Pan-Euro-Med-Vereinbarung

Die GAP als Instrument zur Förderung der Entwicklung einer Bioökonomie zur Unterstützung der Lebensmittelversorgungskette in der EU und der Entwicklung des ländlichen Raums

Im Zusammenhang mit den neuen Kommissionsvorschlägen für die GAP nach 2013²⁶ (Entwicklung des ländlichen Raums) denkt PFP derzeit über die potenzielle Evolution einer Bioökonomie nach. Nachstehend eine Zusammenfassung der aktuellen Überlegungen.

„Indem sie das Entstehen einer Bioökonomie sicherstellt, kann die europäische GAP Wirtschaftswachstum („grünes Wachstum“) fördern, das Beschäftigungsangebot im ländlichen Raum erhöhen, die Ressourceneffizienz steigern (Verwendung von landwirtschaftlichen Abfallstoffen, Ersetzen von Erdölzeugnissen), die Unbeständigkeit der Agrarmärkte verringern (erhöhte Anzahl von Absatzmärkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse) und weitere Einkommensquellen für Landwirte sicherstellen.“

“PFP-Fabriken sind häufig an ländliche Gebiete gebunden. Ihre positive Wirkung (erhöhtes Arbeitsplatzangebot und Nachfrage für Zuliefererdienste, Förderung verbesserter Infrastruktur usw.) wird deshalb in diesen Gebieten besonders deutlich wahrgenommen.

PFP begrüßt die Aufnahme der Bioökonomie unter die vorgeschlagenen Prioritäten für die Entwicklung des ländlichen Raums in Artikel 5 (5) des Vorschlags der Kommission für die Entwicklung des ländlichen Raums, fordert aber insbesondere eine klarere und spezifischere Unterstützung für die entstehende Bioökonomie in Bezug auf die folgenden Aspekte:

- Unterstützung für die Nutzung landwirtschaftlicher Reststoffe: 1,22 Milliarden Tonnen landwirtschaftliche Reststoffe sind laut einer aktuellen Untersuchung jährlich in der EU verfügbar.²⁷ Wenn nur ein Bruchteil dieser Reststoffe (laut der genannten Untersuchung 17,5 %) in Bioraffinerien verwendet würden, um nachhaltige biobasierte Produkte herzustellen, könnte das in den nächsten 10 Jahren 1 Million Arbeitsplätze – insbesondere in ländlichen Gebieten – schaffen. Außerdem würde es die EU-Emissionen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern. Zu den zahlreichen Ideen dafür, wie dieser Prozess konkret unterstützt werden kann, gehören zum Beispiel die finanzielle Unterstützung für Landwirte für die Sammlung dieser Reststoffe und die Finanzierung des Baus der erforderlichen Infrastruktur, um die Reststoffe vom Acker zu den Bioraffinerien zu befördern.
- Projekte in der Form von Wirtschaftsklustern, bei denen Fabriken für die Erstverarbeitung/Bioraffinerien, Landwirte und andere Beteiligte Partner werden, um positive Kreisläufe („geschlossene Kreisläufe“) für ihre Produkte und ihre Reststoffe zu schaffen, sollten ebenfalls unterstützt werden.
- Unterstützung der Entwicklung von Infrastrukturen, verbunden mit der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen, auch wenn das Ergebnis dieser Verfahren, kein Lebensmittel ist. Diese Unterstützung könnte die Form von Vorauszahlungen, günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und Direkthilfen haben.
- Forschung und Entwicklung: innovative Technologien und Verarbeitungstechniken, um nachhaltige, biobasierte Produkte aus landwirtschaftlichen Rohstoffen herzustellen. Das könnte

²⁶ Vorschlag für eine Verordnung über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den ELER – SEK(2011)1153/1154 http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/com627/627_de.pdf

²⁷ Bloomberg New Energy Finance Study (April 2011)

insbesondere über die Unterstützung für Pilotprojekte und Projekte für die Demonstration im industriellen Maßstab geschehen, um die Lücke zwischen Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Nutzung dieser Innovationen zu schließen.“

I.D – EINFÜHRUNG DISKRIMINIERENDER LEBENSMITTELSTEUERN IN EU-MITGLIEDSTAATEN

Um vom Konsum bestimmter Lebensmittel abzuschrecken und in der Hoffnung auf abnehmende Fettleibigkeitsraten, hat eine wachsende Zahl von Mitgliedstaaten Initiativen ergriffen, deren Ziel die Besteuerung von Lebensmitteln auf der Grundlage des Gehalts an bestimmten Nährstoffen (wie z. B. Fette, Zucker usw.) ist.

So hat beispielsweise die Regierung in Ungarn ein Steuergesetz erlassen, das teilweise auf Produkte (z. B. Erfrischungsgetränke, Süßwaren, Brot, Gebäck, Eiscreme) auf der Grundlage ihres Gehalts an „zugesetztem Zucker“ ausgerichtet ist. Die Höhe der Steuer wird pro Kilogramm/Liter des Produkts aufgeführt und wird sowohl auf eingeführte wie auf einheimische Produkte erhoben. Die Steuer muss von demjenigen Marktteilnehmer bezahlt werden, der die Produkte zum ersten Mal auf den ungarischen Markt bringt (d. h. dem Hersteller oder dem Importeur). Das ungarische Parlament hat ebenfalls für eine Abänderung gestimmt, durch die ab dem 1. Januar 2012 die aktuellen Steuerraten für beinahe alle Produktkategorien, die bereits besteuert werden, erhöht und einige neue Produkte einbezogen werden. In Dänemark ist die Steuer für gesättigte Fette am 1. Oktober 2011 in Kraft getreten. Zusätzlich zu dieser Lebensmittelsteuer auf gesättigte Fette wird die neue dänische Regierung die Sätze für andere Produkte ab dem 1. Januar 2012 erhöhen. Die Maßnahme wird zuckerhaltige Produkte (Erfrischungsgetränke, Eiscreme – eine Erhöhung ist ebenfalls für Diät-Eiscreme vorgesehen -, Schokolade, Süßigkeiten und möglicherweise weitere Produkte), Kaffee, Tee und Wein betreffen. Abgaben auf Erfrischungsgetränke und Zuckererzeugnisse standen auch in Frankreich und Finnland im Zentrum der Diskussionen; außerdem wird auch in Irland und Rumänien mehr oder weniger intensiv darüber diskutiert.

Durch diese Abgaben werden bestimmte Produkte und Nährstoffe (zu denen auch der Zucker gehört) stigmatisiert, indem eine klare Trennungslinie zwischen so genannten „gesunden“ Produkten/Nährstoffen und „ungesunden“ Produkten/Nährstoffen gezogen wird. Ganz besonders in Bezug auf Zucker sind diese Maßnahmen diskriminierend und lassen die Tatsache außer Acht, dass Adipositas komplex und auf zahlreiche Faktoren zurückzuführen ist und dass die Hauptursache für Adipositas die Unausgewogenheit zwischen der Energieaufnahme in Form von Lebensmitteln und Getränken und der Energieabgabe durch körperliche Bewegung ist.

Da die Mitgliedstaaten das Recht haben, derartige Abgaben zu erheben, sind die Schritte, die auf EU-Ebene unternommen werden können, eingeschränkter als auf der nationalen Ebene vor der Verabschiedung der Maßnahmen zur Besteuerung der Lebensmittel. Auf EU-Ebene untersagt Artikel 110 AEUV diskriminierende interne Steuermaßnahmen (durch das Verbot einer direkten oder indirekten Diskriminierung gleichartiger Produkte aus anderen Mitgliedstaaten und durch das Verbot der Diskriminierung von Produkten aus anderen Mitgliedstaaten, auch wenn sie nicht gleichartig sind, in der Wahrnehmung der Verbraucher das eine Produkt jedoch durch das andere ersetzt werden kann). Die Kommission muss dabei nachweisen, dass die Steuer wahrscheinlich einen Schutzeffekt haben wird; das ist keine einfache Aufgabe.

Die EU-Industrie hat sich bei der Kommission über den diskriminierenden Charakter der ungarischen Steuer beschwert und konkrete Diskriminierungsbeispiele vorgelegt. Das Verfahren nimmt allerdings Zeit in Anspruch. Bevor die Kommission einen Mitgliedstaat auffordern kann, sein nationales Gesetz abzuschaffen, muss sie rechtlich sicher sein, dass eine Chance besteht, dass ihrem Ersuchen vom Europäischen Gerichtshof stattgegeben wird.

Die Zunahme von steuerlichen Maßnahmen droht zur Folge zu haben, dass die Industrie stärker die Zusammensetzung der Produkte ändert (um die Abgaben zu vermeiden), auch wenn Unternehmen, die bisher behauptet haben, dass eine Änderung der Zusammensetzung schwierig ist, Gefahr laufen, dass ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird, wenn sie jetzt, wo das Risiko besteht, dass ihre Produkte besteuert werden, mit einer Änderung der Zusammensetzung beginnen. Außerdem kann der Einzelhandel die Steuermaßnahmen für bestimmte Produkte als Vorwand benutzen, um die Preise von Lebensmitteln im Allgemeinen zu erhöhen (ganz gleich ob für sie erhöhte Abgaben erhoben werden oder nicht).

Das CEFS ist als Mitglied von FoodDrinkEurope und der Vereinigung der European Primary Food Processors Association (PFP) an der **Kommunikation von Botschaften gegen diese Steuermaßnahmen aufgrund ihres diskriminierenden Charakters und ihrer Wirkungslosigkeit beteiligt.**

I.E - HOCHRANGIGES FORUM FÜR EINE BESSERE FUNKTIONSWEISE DER LEBENSMITTELVERSORGUNGSKETTE

EINRICHTUNG EINES AUSSCHUSSES FÜR DEN SEKTORALEN DIALOG IM LEBENSMITTELSEKTOR

Als ein Ergebnis der Empfehlungen der hochrangigen Gruppe (HLG) über die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie, die im Juni 2009 verabschiedet wurden, und einer Empfehlung in der Mitteilung der Kommission über eine bessere Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa, die im Oktober 2009²⁸ veröffentlicht wurde, beschloss die Kommission Ende Juni 2010 ein hochrangiges Forum (HLF) für eine bessere Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette einzurichten. Dieses hochrangige Forum sollte die Kommission bei der Entwicklung der Industriepolitik im Lebensmittelsektor gemäß den Empfehlungen der hochrangigen Gruppe und der Mitteilung der Kommission unterstützen. Es wurden Vertreter der Zuckerindustrie und von EFFAT benannt, um an diesen Arbeiten teilzunehmen.

Im Juli 2009 verabschiedete die von der Kommission eingesetzte hochrangige Gruppe für die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie die Empfehlung Nummer 18, in der Folgendes festgestellt wird: *„Die Mitglieder der hochrangigen Gruppe empfehlen den europäischen sektoralen sozialen Dialog als ein Instrument des gesellschaftspolitisch verantwortlichen Handelns („Good Governance“). Auf gemeinsamen Wunsch der europäischen Sozialpartner könnte die europäische Kommission ihre Repräsentativität prüfen, um die Möglichkeit der Einrichtung eines Ausschusses für den sozialen Dialog in der Lebensmittelindustrie zu untersuchen.“* Dies wurde folgendermaßen begründet: *„Der soziale Dialog ist einer der Eckpfeiler der europäischen*

²⁸ KOM 2009 591 endg.

Sozialpolitik und ist anerkannt als Instrument des gesellschaftspolitisch verantwortlichen Handelns. Die Hauptziele des europäischen sozialen Dialogs sind: ein besseres gegenseitiges Verständnis, um den Konsens zu erleichtern, eine erhöhte Fähigkeit, die Interessen des Sektors zu fördern und gemeinsam zu handeln. **Zwar wurde ein solcher Dialog bereits im Zuckersektor erfolgreich eingerichtet, besteht aber noch nicht für die gesamte Lebensmittelindustrie.**²⁹

In diesem Zusammenhang haben FoodDrinkEurope und die EFFAT am 7. September 2011 offiziell in einem gemeinsamen Schreiben an den Kommissar für Beschäftigung und Soziales László Andor die Schaffung eines europäischen sozialen Dialogs für den Lebensmittel- und Getränkektor in der EU beantragt.³⁰ Ein Schreiben wurde ebenfalls an Kommissar Antonio Tajani geschickt, der für die Industrie zuständig ist. Die erste Plenarsitzung des neuen Ausschusses für den sozialen sektoralen Dialog (ASSD) findet am 23. Januar 2012 statt. Die Geschäftsordnung dieses ASSD wird dann gemeinsam unterzeichnet. FoodDrinkEurope und die EFFAT werden in den kommenden zwei Jahren die einzigen Vertreter der beiden Seiten der Lebensmittel- und Getränkeindustrie sein. Die Autonomie des Zuckerdialogs bleibt jedoch gewahrt. Die Geschäftsordnung sieht ebenfalls vor, dass dieser Dialog zu keinerlei kontraproduktiven Maßnahmen im Lebensmittelsektor führen darf. Das vorgesehene Arbeitsprogramm wird sich vor allem auf die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit und der nachhaltigen Beschäftigung im Lebensmittel- und Getränkektor sowie die Beobachtung von politischen Entwicklungen, die den Lebensmittel- und Getränkektor betreffen, konzentrieren.

DIE WICHTIGSTEN SCHLUSSFOLGERUNGEN VON TEIL I DES CSR-BERICHTS

Aktuelle Zuckermarktordnung

Die europäische Zuckerindustrie hat mit Rationalisierungsmaßnahmen und Effizienzverbesserungen positiv auf die Zuckerreform des Jahres 2006 reagiert. Dies beinhaltete die Schließung von 80 Werken. Nach einer 4-jährigen Übergangsphase, die notwendig war, um sich an die neue Situation anzupassen, war der Sektor in der Lage, seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Seit 2006 hat sich die Versorgungs- und Nachfragedynamik auf dem Zuckermarkt aufgrund verschiedener Entwicklungen jedoch grundlegend verändert.

- ⇒ Die EU wurde von einem führenden Netto-Exporteur zu einem Netto-Importeur, der in Bezug auf 15 % seines Bedarfs von Drittländern abhängt.
- ⇒ Die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt stiegen in einem extrem volatilen Kontext deutlich.
- ⇒ Die von den AKP/LDC erwarteten Einfuhren gingen 2010 und 2011 zurück, weil die Preise auf dem Weltmarkt attraktiver, d. h. höher waren als auf dem EU-Markt.
- ⇒ Daher erlebte die EU 2010 und 2011 eine Periode mit einem knappen Angebot. In der GMO Zucker vorgesehene Instrumente wie die Freistellung von Nichtquotenzucker wurden eingesetzt, um es den europäischen Herstellern zu ermöglichen, die Spannungen auf dem Markt abzumildern.
- ⇒ Gleichzeitig vervielfältigte die EU – aufgrund der Tatsache, dass die multilateralen Verhandlungen bei der WTO ins Stocken geraten waren – die Verhandlung von regionalen und bilateralen Vereinbarungen überall in der Welt, wodurch weitere Import-Zollkontingente gewährt

²⁹ Hochrangige Gruppe zur Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie – Abschlussbericht der Beratungen der „Sherpa“-Untergruppe – 17.3.2009

³⁰ Anhang 6 – Siehe Schreiben an Kommissar László Andor

wurden, die das Gleichgewicht des aktuellen EU-Zuckermarkts stören und wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben könnten.

Die Sozialpartner:

- ⇒ fordern – im Kontext der Lebensmittelversorgungssicherheit, dass der heimischen Produktion Vorrang gegeben wird, insbesondere wenn Einfuhrmängel entstehen. Im Falle eines Mangels sollte zuerst auf die EU-Zuckerproduktion zugegriffen werden. Die Freigabe von Nicht-Quoten-Zucker muss Vorrang vor zusätzlichen Einfuhren aus Drittländern haben.
- ⇒ Sie erkennen die den AKP/LDC bewilligten Handelspräferenzen an, die nicht durch weitere Zugeständnisse ausgehöhlt werden sollten.
- ⇒ Sie fordern jedoch eine verantwortungsvolle EU-Handelspolitik, die das neue Zuckergleichgewicht respektiert, das nach der Reform geschaffen wurde, und sich dazu verpflichtet, den EU-Zuckermarkt nicht als Anpassungsfaktor im Hinblick auf unvorhersehbare zusätzliche, in Freihandelsvereinbarungen gewährte Einfuhren anzusehen.
- ⇒ Sie fordern die gleiche Exportfreiheit wie für jede andere Handelsregion der Welt. Die aktuelle Situation, in der die Zuckerindustrie Einschränkungen bei den Exporten unterliegt, während sie ständig mit neuen, zusätzlichen zollfreien Importen konfrontiert wird, ist langfristig nicht haltbar.

Geplante zukünftige Zuckermarktordnung nach 2014 /15

- ⇒ Die Sozialpartner unterstützen generell den Standpunkt des CEFS zur EU-Zuckermarktordnung nach 2014 /15, der im Oktober 2011 veröffentlicht wurde.
- ⇒ Sie sind gegen eine Abschaffung des Quotensystems bereits 2015, die neue beträchtliche soziale Auswirkungen hätte, obwohl die 2006 durchgeführte Reform bereits zum Verlust von 22.000 direkten und 110.000 indirekten Arbeitsplätzen im Laufe von nur 4 Jahren und zur Schließung von 80 Werken führte.
- ⇒ Sie fordern, dass der Umwandlungsprozess in einem Rhythmus fortgesetzt werden kann, dem alle Beteiligten mit Bezug auf nachhaltige, langfristige Zielsetzungen für eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit folgen können. Die aktuelle Marktordnung sollte bis 2020 verlängert werden.
- ⇒ Die Sozialpartner unterstreichen, dass laut einer aktuellen, für das CEFS durchgeführten LMC-Studie alle produzierenden Länder der Welt Unterstützungsmechanismen für ihre heimische Industrie eingesetzt haben, um sie vor der Unbeständigkeit des Weltzuckermarktes zu schützen und ihre heimische Versorgungssicherheit zu verbessern. Sie treten für Kohärenz mit dem Vorgehen anderer Länder überall in der Welt ein.

II – MANAGEMENT DER UMSTRUKTURIERUNG UND WIRTSCHAFTSKRISE

II. A - BEOBACHTUNG DER ENTWICKLUNGEN BEI DEN WERKSSCHLIESSUNGEN

Die Sozialpartner verfolgen die Entwicklung bei den Werksschließungen. Sie verwenden hierzu öffentlich zugängliche Informationen, Pressemitteilungen sowie Informationen von Gewerkschaftsvertretern auf Seiten der EFFAT und von Personaldirektoren auf Seiten des CEFS. Sie beruhen hauptsächlich auf von den Unternehmen veröffentlichten Informationen. Im Folgenden der aktuelle Stand vom 31.12.2011 für die Kampagnen ab 2005/2006 (Verabschiedung der Reform) bis 2011/2012:

a. Entwicklung bei den Werksschließungen seit 2005/2006

Quelle: CEFS-Statistik 2011 (EU-25)³¹

www.cefs.org

	2005/2006 (Bezugsjahr- Verabschie- dung der Reform)	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2009/2010	2010/2011
Anzahl Fabriken	182	152	133	104	102	102
Schlie- ßungen	(7 im Vergleich zu 2004/05)	30	19	29	2	-Zwischen 2005/06 und 2010/11 geschlossene Werke: 80
Länder	Irland, Litauen, Niederlande Polen	Deutschland, Irland, Italien, Österreich, Polen, Schweden, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik	Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Lettland, Polen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Ver. Königreich	Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Portugal, Spanien, Ungarn	Polen, Spanien	-
Zucker- quoten- verzicht	-	Irland, Italien, Portugal, Schweden, Spanien <i>(1,149 Mio. t)</i>	Finnland, Griechenland, Italien, Lettland, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn <i>(0,678 Mio. t)</i>	Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Litauen, Niederlande, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Ungarn, <u>Akkumulierter Zuckerquoten- verzicht 31.1.2009: 5.230.331</u>	Spanien	-
Verringerung der direkten Arbeitsplätze während der Kampagne	49 824	40 317	35 079	29 560	27 812	26 458 <b style="color: red;">Arbeitsplatzverlust zwischen 2005/06 und 2009/10 22 012

³¹ Bulgarien und Rumänien sind nicht in diesen Statistiken enthalten, um besser die Entwicklung ausgehend vom Referenzjahr der Verabschiedung der Zuckerreform in den EU-25 aufzuzeigen.

b. Quotenverzicht

Zwischen 2006/07 und 2009/10 (4 Kampagnen) erfolgte ein Quotenverzicht für 5.230.331 Tonnen Quotenzucker sowie für 222.316 Tonnen Isoglucose und 320.717 Tonnen Inulin. Das sind insgesamt 5.773.364 Tonnen.

Prozentualer Anteil des Quotenverzichts:

PROZENTSATZ	LAND
100 %	Bulgarien, Irland, Lettland, Portugal, Slowenien
Mindestens 50 %	Griechenland, Italien, Slowakei, Spanien, Ungarn
45 %	Finnland
19-25 %	Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Litauen, Polen, Slowenien, Tschechische Republik
14-15 %	Österreich, Niederlande, Vereinigtes Königreich
4 %	Rumänien

II.B. WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE AUSWIRKUNGEN

a) Zusammenschlüsse – Neue Aktivitäten

Diese Aufstellungen zeigen, dass **alle Regionen der EU von der Reform betroffen waren**: Nord-, Süd-, Mittel- und Osteuropa. Die Umstrukturierung erweist sich als umso schwieriger, als sie **in ländlichen Gebieten** stattfindet, die bereits von Arbeitslosigkeit betroffen sind und in denen wenige Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind. Eine Reihe von zuckerproduzierenden Ländern haben die Produktion vollständig aufgegeben: **Bulgarien, Irland, Lettland, Portugal und Slowenien. In Bulgarien und Portugal wird nur noch raffiniert.**

Die Anzahl der Zuckerunternehmen in der EU-25³² sank von 67 in 2005/06 auf 46 in 2009/10, d. h. sie verringerte sich um ein Drittel. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten, musste die Industrie neue Fusionen durchführen und ihre Konzentration fortsetzen (zum Beispiel: Fusion der Zuckerbranche von Danisco mit Nordzucker zu Nordic Sugar A/S, Fusion von Azucarera Ebro mit British Sugar. 2011 France Cristal Union mit der „Groupe Vermandoise“). **Mehrere Gesellschaften orientieren ihre Tätigkeit neu.** Dabei kann es sich um die Raffination (Frankreich, Italien, Portugal), die Produktion von Biomasse oder Ethanol (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien), zusätzliche oder diversifizierende Aktivitäten (Frankreich - Tereos, Getreide, Alkohol, Stärke) und in manchen Fällen sogar vollständig andere Aktivitäten als zuvor handeln (Italien – Lebensmittel und Einzelhandel).

b) Hohe Arbeitsplatzverluste

Gemäß der oben dargestellten Statistik wurden während des gleichen Zeitraums (2005/06-2009/10) in der EU-25 **80 Fabriken geschlossen (d. h. 45 % der Fabriken ab dem Beginn der Reform gerechnet), was zu einem Verlust von 22.012 direkten Arbeitsplätzen während der Kampagne führte.** Generell wird in der Zuckerindustrie davon ausgegangen, dass der Verlust eines direkten Arbeitsplatzes den Verlust von fünf indirekten Voll- oder Teilzeitarbeitsplätzen (Transport, Logistik, EDV usw.) nach sich zieht. Demnach wären während der Kampagne circa 110.000 indirekte Arbeitsplätze betroffen.

³² Bulgarien und Rumänien sind nicht in den angeführten Statistiken über die Entwicklung von Fabrikschließungen inbegriffen.

DIE WICHTIGSTEN SCHLUSSFOLGERUNGEN VON TEIL II DES CSR-BERICHTS

In Bezug auf die Umstrukturierung gab es keine vorgefertigte Lösung auf europäischer Ebene. Jeder Fall musste für sich analysiert werden. Die einzelnen Länder reagierten – in Abhängigkeit von den nationalen Prioritäten für die Beschäftigung und die Entwicklung des ländlichen Raums - in unterschiedlicher Weise auf die Herausforderungen. Letztlich war es nicht möglich, ein allgemeines europäisches Interventionsmodell festzulegen, da die spezifische gewährte Hilfe vor allem von der Quotenmenge abhing, auf die bei der Kommission verzichtet wurde.

In Italien wurde nach der Schließung von 15 der 19 Werke gleich zu Beginn 2006 eine besondere Vereinbarung auf nationaler Ebene in Verbindung mit der Reform der Zuckermarktordnung abgeschlossen und seitdem jedes Jahr erneuert und aktualisiert. Dem nationalen Umstrukturierungsplan entsprechend wurden bereits verschiedene Projekte durchgeführt, sowohl um die geschlossenen Werke für andere Geschäftstätigkeiten umzuwandeln (siehe oben, Absatz über neue Tätigkeiten) oder um bereits bestehende Kapazitäten in den Bereichen Verpackung, Logistik und Vermarktung zu verbessern und die Beschäftigtenzahlen zu erhöhen und/oder zu halten.

Leider haben unerwartete Hindernisse seitens der örtlichen Behörden (keine Betriebserlaubnis oder Genehmigung) oder seitens der Regierung selbst (Nichtverabschiedung eines für September 2011 geplanten Erlasses mit günstigen Rechtsvorschriften für die Förderung der Energieproduktion aus Biomasse) zusammen mit der kürzlichen Forderung der Kommission (gegen die in diesem Fall sowohl die italienische Regierung als auch die Zuckerunternehmen eintraten), alle Silos in der Nähe der geschlossenen Werke abzubauen, die vollständige Umsetzung der Umstrukturierungspläne erschwert, was zum Verlust verschiedener Beschäftigungsmöglichkeiten führte.

Zum letzten Punkt haben die italienischen Gewerkschaften (FLAI-CGIL, FAI-CISL und UILA-UIL) zusammen mit dem italienischen Verband der Zuckerhersteller UNIONZUCCHERO im Juni 2011 eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, mit der Forderung an die EU-Kommission und die italienische Regierung, die Silos zu erhalten, da sie Teil der Umstellungsverhandlungen zwischen den Sozialpartnern waren und eine Zerstörung der Silos in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht nicht sinnvoll ist, weil neue Silos errichtet werden müssten, um die Anforderungen der umgestellten Aktivitäten zu erfüllen (Logistik, Handels- oder Verpackungsaktivitäten) und eine beträchtliche Anzahl von Arbeitsplätzen mit ihrer Verwendung verknüpft ist. Eine solche Forderung - für die Beibehaltung eines Teils der Silos, die bis 2005 in Italien verwendet wurden – wurde von allen italienischen Unternehmen und den Gewerkschaften (gemeinsam mit der nationalen Regierung) in der Überzeugung ausgesprochen, dass es sich um die korrekte Umsetzung der Verordnung 320/2006/EG handelt.

In den anderen Ländern handelten die Sozialpartner einen Sozialplan aus und überprüften die Behörden die Vereinbarkeit dieser Sozialpläne mit den europäischen Vorschriften. Generell bestanden die Sozialpläne aus einer Mischung aus Weiterbeschäftigung, Ausgleichszahlungen, Umschulungen und Vorruhestandsregelungen. Die Gewichtung dieser einzelnen Elemente variierte in den verschiedenen Ländern stark in Abhängigkeit vom jeweiligen nationalen gesetzgeberischen und wirtschaftlichen Umfeld.

Festzuhalten ist, dass die Kommission in ihrer Antwort auf den Bericht des Europäischen Rechnungshofs³³ aus dem Jahr 2010 zum ersten Mal die Rolle der europäischen Sozialpartner beim Management der Umstrukturierung sowie die angemessene Umsetzung des CSR-Verhaltenskodex in vollem Umfang bestätigte. Das ist als Anerkennung des positiven Ergebnisses der Arbeit des sektoralen Ausschusses zu werten, die seit Jahren von den Sozialpartnern im Zusammenhang mit der Umstrukturierung durchgeführt wird (Umsetzung des CSR-Verhaltenskodex, interaktives Online-Instrument für den Zugang zu Strukturfonds, Online-Instrument zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, zahlreiche Diskussionen über die Antizipation und das Management der Umstrukturierung im Rahmen von Plenarsitzungen und/oder spezifischen Konferenzen).

³³ Siehe den CSR-Umsetzungsbericht 2010 auf eurosugar.org

III – UMSETZUNG DES VERHALTENSKODEX IM JAHR 2011

III. A - MINDESTSTANDARDS

Wie jedes Jahr haben die einzelnen Delegationen auch 2011 eine Umfrage über die Umsetzung des CSR-Verhaltenskodex durchgeführt. Diese Umfrage bestätigte, dass sich der CSR-Prozess in allen Delegationen konstruktiv entwickelt und insbesondere berücksichtigt, dass eine ständige Anpassung an den Wandel in der Periode nach der Umstrukturierung aufgrund der Zuckermarktreform gefördert werden muss, um die Nachhaltigkeit und die Lebensfähigkeit der Unternehmen sicherzustellen. Auf allen Ebenen wird systematisch und in einer in das Leben der Unternehmen integrierten Weise alles getan, um über die verschiedenen Mindeststandards hinauszugehen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Gesundheitsschutz und Sicherheit (3. Standard des Verhaltenskodex), Ausbildung und Schulung (2. Standard) und Umstrukturierung (7. Standard).

Gesundheit und Sicherheit wird in allen Delegationen als Priorität angesehen. In verschiedenen Delegationen wurden neue Initiativen oder Maßnahmen ergriffen. Hierzu gehören in einem Unternehmen Leitlinien für den persönlichen Schutz³⁴ sowie in einem anderen Land die Organisation einer Konferenz über Gesundheitsschutz und Sicherheit in der Zuckerindustrie auf nationaler Ebene³⁵, bei der besondere Maßnahmen vorgestellt wurden, die ergriffen wurden. Einige Unternehmen haben Maßnahmen in Zusammenhang mit Stress durchgeführt.

Im Rahmen der Ausbildung spielt die Lehrlingsausbildung in einer Reihe von Ländern nach wie vor eine wichtige Rolle, durch die jungen Menschen geholfen wird, ihre Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Generell bleibt die Entwicklung der Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie im Kontext des fortlaufenden Wandels der Industrie, der mit der geplanten Änderung der Zuckerregelung im Rahmen der Reform der GAP nach 2013 neu aktiviert werden wird, weiterhin ein zentrales Thema. Ein besonderes Online-Instrument zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit wurde hierfür 2010 entwickelt, es ist auf der eurosugar.org-Website öffentlich zugänglich. Die Attraktivität der Zuckerindustrie wird ebenfalls als wichtiges Thema angesehen. Es wird von den Delegationen unterschiedlich behandelt, Beispiele sind Kooperationen mit Universitäten und/oder technischen Ausbildungsinstituten. Ein Unternehmen hat besondere Schritte unternommen, um Lösungen für den Bedarf an hochqualifizierten Mitarbeitern zu finden (siehe Beispiel für gute Verfahrenspraxis).

III. B - NEUE BEISPIELE FÜR GUTE VERFAHRENSPRAKTIKEN

Die Nordzucker AG, Deutschland, stellte zwei Beispiele für gute Verfahrenspraktiken vor:

- . Ein spezielles Programm zur Ausbildung künftiger leitender Mitarbeiter und zur Entwicklung des Potenzials. Das Programm beinhaltet Module für Selbstmanagement, Teamführung sowie Corporate Governance (Grundsätze der Unternehmensführung).

³⁴ Deutschland

³⁵ Frankreich

Einführung eines unternehmensweiten Kompetenzmanagements für die Bestimmung und Entwicklung der Fähigkeiten der Beschäftigten, um auf diese Weise ein fachkundiges Management, Nachfolgeplanungen und Personalentwicklung sicherzustellen.³⁶

III. C - AKTUALISIERTE FASSUNG DER GEMEINSAMEN BROSCHÜRE VON CEFS UND EFFAT ZUM EUROPÄISCHEN SOZIALEN DIALOG IM ZUCKERSEKTOR

Die gemeinsame Broschüre über die Soziale Verantwortung der Unternehmen und den sozialen Dialog in der europäischen Zuckerindustrie wurde 2004 zum ersten Mal herausgegeben. Die Broschüre informiert über die wichtigsten Kennzeichen des sozialen Dialogs in der Zuckerindustrie, den CSR-Verhaltenskodex, die Beispiele für vorbildliche Vorgehensweisen, die wichtigsten Ergebnisse des sozialen Dialogs sowie über Handels- und Beschäftigungsdaten. Obwohl die technische Vorlage für eine einfache Aktualisierung der Broschüre nicht mehr vorhanden war, konnte mit Hilfe des französischen Verbands eine Lösung gefunden werden. Die 2011 aktualisierte Fassung der Broschüre ist jetzt online auf www.eurosugar.org (in der Rubrik „Wer sind wir?“) zugänglich.

III. D - GEMEINSAME ARBEITEN: HANDELSPOLITIK UND AUSWIRKUNGEN AUF DIE ARBEITSPLÄTZE IN DER EU

Im Zusammenhang mit der Folgenabschätzung bereiten EFFAT und CEFS einen Text zu den Auswirkungen der EU-Handelspolitik auf die Beschäftigung in der Union und zu den potenziellen Risiken vor, die mit dem Bezug von Rohstoffen in Drittländern mit Hilfe von verschiedenen Tochtergesellschaften verbunden sind. Dabei werden Beispiele von Handelsvereinbarungen angeführt, die potenzielle Auswirkungen auf die EU-Zuckerindustrie haben. Nach einer Ergänzung des Textes für verschiedene Sektoren der Lebensmittelindustrie durch die EFFAT wird diese Analyse in breitem Umfang an die Abteilung für Folgenabschätzung der GD Beschäftigung und die verschiedenen betroffenen Dienststellen der Kommission übermittelt.

III. E – LEITFADEN ISO 26000 / UN-REFERENZRAHMEN FÜR WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE BEWERTUNG DES CSR-VERHALTENSKODEX

Die europäischen Sozialpartner haben vereinbart, den CSR-Verhaltenskodex der Zuckerindustrie in Bezug auf den Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung ISO 26000, der im Dezember 2010 veröffentlicht wurde, und den neuen UN-Referenzrahmen für Menschenrechte, den so genannten Ruggie-Referenzrahmen, der im März 2011 herausgegeben wurde, zu überprüfen. Aus einer ersten gründlichen technischen Bewertung **geht hervor, dass der Verhaltenskodex des Zuckersektors praktisch alle zentralen ISO-Themen sowie alle ISO-Praktiken – entweder direkt durch die acht Mindeststandards oder indirekt durch die zahlreichen Beispiele für gute Verfahrenspraktiken, die in den Zuckerunternehmen eingesetzt werden – korrekt behandelt.**

³⁶ Siehe Anhang 7 - Beispiele für gute Verfahrenspraktiken

Im Hinblick auf die Kernthemen der ISO 26000: Da das Ziel des Zucker-Verhaltenskodex darin bestand, die soziale Entwicklung und die Wahrung von Grundrechten zu fördern, behandelt er die Bereiche „Arbeitsbedingungen“ und „Menschenrechte“ de facto konkreter und umfassender als von der ISO-Norm empfohlen. „Faire Betriebs- und Geschäftspraktiken“ sind ziemlich gut abgedeckt, auch allgemein gesehen, und werden durch gemeinsame Projekte wie das Projekt über die Beschäftigungsfähigkeit und die zahlreichen Praxisbeispiele insbesondere im Zusammenhang mit Werksschließungen illustriert. „Organisationsführung/Governance“ und „Einbindung und Entwicklung des regionalen Umfelds“ werden teilweise durch gemeinsame Empfehlungen zum Beispiel für die Lehrlingsausbildung sowie zahlreiche Beispiele für gute Verfahrenspraktiken wie beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schulen/Universitäten abgedeckt. Umwelt und Konsumentenangelegenheiten unterliegen nicht der direkten Verantwortung der Sozialpartner. Auf der Ebene des CEFS werden Umweltfragen von der Arbeitsgruppe Umwelt verfolgt. Experten des CEFS und der CIBE³⁷ geben regelmäßig einen Bericht unter dem Titel „The EU Beet and Sugar Sector: a model of sustainability“³⁸ heraus.

Im Hinblick auf die ISO-26000-Praktiken: Sie werden auch gut abgedeckt, entweder generell oder durch CSR-Standards über „Umstrukturierung“ oder „berufliche Bildung“, die ebenfalls Ausgangspunkt für verschiedene gemeinsame Projekte von CEFS und EFFAT waren, wie das „Online-Instrument für Beschäftigungsfähigkeit“ und vorher der „Praktische Leitfaden für den Zugang zu Strukturfonds“³⁹. Zahlreiche Beispiele für gute Verfahrenspraktiken auf Unternehmensebene zeigen das Engagement der Unternehmen (Zusammenarbeit mit Universitäten/Schulen, Umschulung, Entwicklung von Fähigkeiten innerhalb des Unternehmens, Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter in der gleichen Gruppe, Beobachtungsstelle für Kompetenzen, finanzielle Unterstützung für die Schaffung neuer Tätigkeiten, Outplacement, Entwicklung alternativer Projekte, Schaffung neuer Aktivitäten in der gleichen Gruppe usw.)⁴⁰.

Der Bereich Berichterstattung und Überwachung wird durch die jährliche Veröffentlichung eines gemeinsam erstellten und öffentlich zugänglichen CSR-Berichts⁴¹ gut erfüllt. Die jährliche Überwachung und Bewertung des Verhaltenskodex war im CSR-Verhaltenskodex vorgesehen (Teil III des Kodex)⁴². Der vorliegende Bericht ist der neunte Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex. Allerdings muss die Art und Weise wie der Umsetzungsbericht vorbereitet wird, deutlicher sein. Derzeit bleiben die Sekretariate des CEFS und der EFFAT das ganze Jahr über miteinander in Kontakt in Bezug auf die EU-Politiken, die wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die Zuckerindustrie haben, und sie beraten miteinander in Bezug auf Antworten auf Folgenabschätzungen oder Anhörungen der Kommission. Sie führen auf jeder Seite eine Umfrage zur Umsetzung des Verhaltenskodex und zu Beispielen für gute Verfahrensweisen durch. Sie bereiten gemeinsam einen Entwurf für den Bericht aus, der an die CEFS-Mitglieder und die EFFAT-Mitglieder zur Abgabe von Reaktionen und/oder Kommentaren geschickt wird. Dann legen sie gemeinsam auf der Vollversammlung, die jedes Jahr im Februar organisiert wird, den Berichtsentwurf zur Billigung vor.

„Management“ und „Korrektursysteme“ (management & remediation systems) sind nicht direkt abgedeckt, da sie der direkten Verantwortung der Unternehmen unterliegen. Bei einer Reihe von Themen werden sie jedoch durch Beispiele für gute Verfahrenspraktiken auf nationaler Ebene oder auf Unternehmensebene illustriert. Gleichwohl ermöglichen es die normale CSR-Berichterstattung und der europäische soziale Dialog, alle spezifischen Bedenken bei den Sozialpartnern anzusprechen und zu versuchen, sie durch Engagement und im Dialog zu lösen. Ein solcher „optionaler Mechanismus“ ist ebenfalls im Rahmen des UN-Referenzrahmens vorgesehen und entspricht gut der Funktionsweise des europäischen sozialen Dialogs.

³⁷ Internationale Vereinigung europäischer Rübenanbauer (CIBE) unter dem Titel „The EU Beet and Sugar Sector :a model of environmental sustainability“

³⁸ Der letzte Bericht, der im März 2010 veröffentlicht wurde, ist auf www.cefs.org verfügbar (im Bereich „Sustainability“).

³⁹ Siehe www.eurosugar.org – „EU-Strukturfonds – Praktischer Leitfaden“

⁴⁰ Siehe www.eurosugar.org, Bereich „Soziale Verantwortung der Unternehmen“ – Beispiele für eine gute Verfahrenspraxis – Umstrukturierung sowie im Bereich „Beschäftigungsfähigkeit 2010“ – Bewährte Verfahren

⁴¹ Siehe www.eurosugar.org – Bereich „Soziale Verantwortung der Unternehmen“ – CSR-Berichte

⁴² Siehe www.eurosugar.org – Bereich „Soziale Verantwortung der Unternehmen“

Auf nationaler Ebene sind in allen Zuckerunternehmen „in integrierten Managementsystemen Umweltschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz und Qualitätssicherung kombiniert“ sowie in vielen Fällen die Herstellung von Grundstoffen „von der Aussaat bis zur Ernte“. Wie in dem in Fußnote 37 genannten Bericht von CIBE und CEFS beschrieben (Seite 18): „Alle Zuckerunternehmen arbeiten mit spezifischen Managementsystemen in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Beteiligten, von den Landwirten bis zu den Zuckerfabriken und den Großhändlern, die eine effiziente Anwendung dieser Maßnahmen in der gesamten Lebensmittelversorgungskette gewährleisten.“

Eine gemeinsame Erklärung der Sozialpartner liegt dem vorliegenden Bericht bei. Sie wird durch eine gründliche technische Bewertung des Verhaltenskodex im Vergleich zur ISO 26000 und dem UN-Referenzrahmen ergänzt (siehe Anhang 8). Diese Erklärung wird ebenfalls an die GD Beschäftigung und die GD Enterprise (High Level Forum) übermittelt.

III. F – VOLLVERSAMMLUNG AM 28.2.2012 UND ARBEITSPROGRAMM FÜR 2012

Bei der für Dienstag, den 28. Februar 2012 geplanten Vollversammlung des Ausschusses für den sozialen sektoralen Dialog für den Zuckersektor wird die zukünftige EU-Zuckermarktordnung mit Blick auf den aktuellen Vorschlag der Kommission über die Zukunft der GAP nach 2013 analysiert werden. Es wird über die wichtigsten derzeitigen wirtschaftlichen Herausforderungen gesprochen werden (Handel - laufende regionale und bilaterale Verhandlungen, Nicht-Quoten-Ausfuhren, ökologische Herausforderungen, Lebensmittelabgaben usw.). Das Arbeitsprogramm 2012 wird vorgeschlagen und validiert werden (siehe Anlage 9).

DIE WICHTIGSTEN SCHLUSSFOLGERUNGEN VON TEIL III DES CSR- BERICHTS

Die Sozialpartner in der Zuckerindustrie haben im Jahr 2011 umfassend an der Umsetzung des Verhaltenskodex mitgewirkt. Dies betraf insbesondere die Bereiche Sicherheitsschutz und Gesundheit, berufliche Bildung sowie Umstrukturierung. Sie haben eine ausführliche Bewertung des Verhaltenskodex aus dem Jahr 2003 im Hinblick auf die ISO 26000 und den UN-Referenzrahmen für Wirtschaft und Menschenrechte durchgeführt. Sie haben gemeinsam ein Papier zu den potenziellen Auswirkungen der Handelspolitik der Kommission auf die Beschäftigung in der EU für die Verwendung durch die Abteilung für Folgenabschätzung vorbereitet. Sie beraten während des ganzen Jahres in Bezug auf die Anhörungen der Kommission und Antworten auf Folgenabschätzungen miteinander und übersenden gemeinsame Schreiben, wenn dies nützlich ist. Sie haben außerdem die CSR-Broschüre aus dem Jahr 2004 aktualisiert, die über den sozialen Dialog in der Zuckerindustrie informiert. Und sie haben ein Arbeitsprogramm für das gemeinsame Vorgehen 2012 vorbereitet.

ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS FÜR 2011 UND ZENTRALE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Im Kontext der aktuellen Zuckermarktordnung

Die europäische Zuckerindustrie hat mit Rationalisierungsmaßnahmen und Effizienzverbesserungen positiv auf die Zuckerreform des Jahres 2006 reagiert. Dies beinhaltete die Schließung von 80 Werken in der EU-25 (zwischen 2005/06 und 2009/10), den Verlust von 22.000 direkten und 110.000 indirekten Arbeitsplätzen. Nach einer 4-jährigen Übergangsphase, die für die Anpassung an die neue Situation notwendig war, war der Sektor in der Lage, seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

In der Zwischenzeit hat eine Reihe von Entwicklungen zu einer grundlegenden Veränderung der Situation geführt:

- ⇒ Die EU wurde von einem führenden Netto-Exporteur zu einem Netto-Importeur, der in Bezug auf 15 % seines Bedarfs von Drittländern abhängt.
- ⇒ Die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt sind in einem extrem volatilen Kontext deutlich gestiegen.
- ⇒ Die von den AKP/LDC erwarteten Einfuhren gingen 2010 und 2011 zurück, weil die Preise auf dem Weltmarkt attraktiver, d. h. höher waren als auf dem EU-Markt.
- ⇒ Daher erlebte die EU 2010 und 2011 eine Periode mit einem knappen Angebot. In der GMO Zucker vorgesehene Instrumente wie die Freistellung von Nichtquotenzucker wurden eingesetzt, um es den europäischen Herstellern zu ermöglichen, die Spannungen auf dem Markt abzumildern.
- ⇒ Gleichzeitig vervielfältigte die EU – aufgrund der Tatsache, dass die multilateralen Verhandlungen bei der WTO ins Stocken geraten waren – die Verhandlung von regionalen und bilateralen Vereinbarungen überall in der Welt, wodurch weitere Import-Zollkontingente gewährt wurden, die das Gleichgewicht des aktuellen EU-Zuckermarkts stören und wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben könnten.

Die Sozialpartner:

- => fordern – im Kontext der Lebensmittelversorgungssicherheit, dass der heimischen Produktion Vorrang gegeben wird, insbesondere wenn Einfuhrmängel entstehen. Im Falle eines Mangels sollte zuerst auf die EU-Zuckerproduktion zugegriffen werden. Die Freigabe von Nicht-Quoten-Zucker muss Vorrang vor zusätzlichen Einfuhren aus Drittländern haben.
- => Sie erkennen die den AKP/LDC bewilligten Handelspräferenzen an, die nicht durch weitere Zugeständnisse ausgehöhlt werden sollten; sie fordern jedoch eine verantwortungsvolle EU-Handelspolitik, die das neue Zuckergleichgewicht respektiert, das nach der Reform geschaffen wurde, und sich dazu verpflichtet, den EU-Zuckermarkt nicht als Anpassungsfaktor im Hinblick auf unvorhersehbare zusätzliche Einfuhren, die in Freihandelsvereinbarungen gewährt werden, anzusehen.
- => Sie fordern die gleiche Exportfreiheit wie für jede andere Handelsregion der Welt. Die aktuelle Situation, in der die Zuckerindustrie Einschränkungen bei den Exporten unterliegt, während sie ständig mit neuen, zusätzlichen zollfreien Importen konfrontiert wird, ist langfristig nicht haltbar.

Im Hinblick auf die für nach 2014/15 geplante zukünftige Zuckermarktordnung

- . Die Sozialpartner unterstützen generell den Standpunkt des CEFS zur EU-Zuckermarktordnung nach 2014 /15, der im Oktober 2011 veröffentlicht wurde.
- . Sie sind gegen eine Abschaffung des Quotensystems bereits 2015, die neue beträchtliche soziale Auswirkungen hätte.
- . Sie fordern, dass der Umwandlungsprozess in einem Rhythmus fortgesetzt werden kann, dem alle Beteiligten mit Bezug auf nachhaltige, langfristige Zielsetzungen für eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit folgen können. Aus diesem Grund sollte die aktuelle Marktordnung bis 2020 verlängert werden.

Die Sozialpartner unterstreichen, dass laut einer kürzlich veröffentlichten, für das CEFS durchgeführten LMC-Studie all produzierenden Länder der Welt Unterstützungsmechanismen für ihre heimische Industrie eingesetzt haben, um sie vor der Unbeständigkeit des Weltzuckermarktes zu schützen und ihre heimische Versorgungssicherheit zu verbessern. Sie treten für Kohärenz mit dem Vorgehen anderer Länder überall in der Welt ein.

Die Rolle der Sozialpartner

Die Sozialpartner haben im Laufe der Jahre ständig die mangelnde Kohärenz zwischen den Zielsetzungen den verschiedenen EU-Politiken, insbesondere der Landwirtschaftspolitik und der Handelspolitik, unterstrichen. Zusätzliche Zollkontingent-Einfuhren, die im Rahmen der zahlreichen derzeit verhandelten Freihandelsvereinbarungen ausgehandelt werden, haben Auswirkungen auf die heimischen Produktionskapazitäten und folglich die Beschäftigung. Eine Quotenreduzierung um 100.000 t entspricht durchschnittlich der Schließung einer Fabrik. Dabei handelt es sich um einen unumkehrbaren Prozess. Ist eine Fabrik einmal geschlossen, kann sie nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Die Sozialpartner unternehmen in diesem hochsensiblen Kontext und im Rahmen ihres europäischen Auftrags die größtmöglichen Anstrengungen, um in einem Klima des Vertrauens das gegenseitige Verständnis und eine konstruktive und gute Kommunikation zu fördern. Sie bemühen sich darum, sich in Bezug auf alle Fragen von gemeinsamem Interesse miteinander zu beraten und einen Austausch von Informationen und Überlegungen zu fördern, die für den gesamten Berufsstand von Nutzen sind. Mit Unterstützung der Kommission entwickeln sie regelmäßig praktische Online-Instrumente, um die Notwendigkeit der ständigen Anpassung an den Wandel zu erleichtern. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das Instrument zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit in der Zuckerindustrie. Sie versuchen, Beschäftigte in ihren Anstrengungen zu unterstützen, während ihres ganzen Lebens ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und eine Berufstätigkeit auszuüben. Dies beinhaltet ein hohes Niveau der sozialen Verantwortung von Seiten des Unternehmens ebenso wie von Seiten des Beschäftigten.

Wie die Kommission in ihren Antworten auf den Bericht des Rechnungshofs über den Zuckersektor aus dem Jahr 2010 anerkannt hat, haben die Unternehmen den Verhaltenskodex für die soziale Verantwortung, der 2003 unterzeichnet wurde, umfassend eingehalten. Sie haben sich darum bemüht, Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, so weit wie möglich und deutlich über die gesetzlichen Vorschriften hinaus zu unterstützen. Hierbei sei im Übrigen darauf hingewiesen, dass der Verlust von beinahe der Hälfte der direkten Arbeitsplätze in einem Zeitraum von vier Jahren praktisch keine sozialen Konflikte zur Folge hatte.

Ein Aufruf zu verantwortungsvollem Handeln bei zukünftigen politischen Entscheidungen

Wie dies bei der aktuellen Regelung der Fall war, wird auch die nächste Reform der Zuckermarktordnung nach 2014/15 in starkem Umfang das Ergebnis einer politischen, von der EU und ihren Mitgliedstaaten im Kontext der Globalisierung gefällten Wahl sein. Die Sozialpartner fordern von hohem Verantwortungsbewusstsein getragene Entscheidungen, die dem Berufsstand genügend Zeit lassen, um sich durch eine kontinuierliche Verbesserung bis 2020 an die neue Situation anzupassen, um langfristige Zielsetzungen für eine höhere Wettbewerbsfähigkeit in nachhaltiger Weise sicherzustellen. Hiervon hängt es ab, ob die Unternehmen in Zukunft rentabel bleiben und ihren Arbeitnehmern Perspektiven für die Beschäftigung und die Beschäftigungsfähigkeit, einem der zentralen Themen im Rahmen der Strategie „EU 2020“, bieten können.